

Transparenz wurde bestraft

Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft informiert sich bei Wolfgang Beck

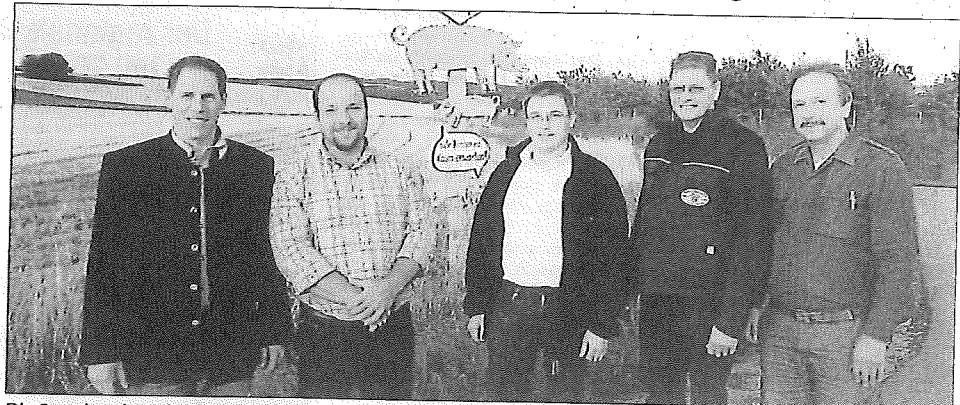
Mit „schierem Entsetzen“ verfolgen derzeit fast alle Landwirte die mediale „Großoffensive“ gegen die Schweinezüchter im Landkreis und besonders Wolfgang Beck aus Mittergolding. Das veranlasste die Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft“ des Landkreises sich selbst vor Ort ein Bild von der vielfach zerredeten Lage zu machen.

Zunächst berichtete Wolfgang Beck von den Hintergründen seines Bauvorhabens. Ein Gesetz der seinerzeitigen Rot-Grünen-Bundesregierung habe den entscheidenden Anstoß zur teilweisen Aussiedelung seines Betriebes gegeben. Dieses Gesetz verlange ab dem Jahr 2013 mehr persönlichen Platz für jede trüchtige Muttersau und deren Haltung im sozialen Miteinander.

Da er diese Anforderungen im bisherigen Stall im Dorf Mittergolding nicht erfüllen konnte, suchte er sich in Absprache mit Behörden und Fachstellen einen neuen Standort. Gefunden habe er diesen in einer nur 300 Meter vom Heimatdorf entfernten Senke. Beim Ortstermin lobten die Praktiker von der CSU-Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft diese Wahl.

Der Ort Mittergolding selbst werde von Gerüchen entlastet und weder Kumhausen, Preisenberg oder gar Bewohner der Stadt Landshut belastet, zeigten sich die Besucher überzeugt. Nicht nur alle theoretischen Gutachten zeigten dies, sondern auch die Messungen im späteren „Echt-Betrieb“ werden das beweisen, konstatierten die Gäste unisono.

Viel Lob hatten die Berufskollegen für die transparente Vorgehensweise von Beck parat. Ohne jede gesetzliche Verpflichtung habe dieser frühzeitig das Gespräch mit seinen Mitbürgern im Dorf gesucht und



Die Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft mit ihrem Vorsitzenden Johannes Hoffmann (links) bildeten sich vor Ort eine Meinung zu diesem künstlich aufgebauchten Thema.

konsequent Einblick in seine Planungen gegeben.

Die Besucher kommentierten enttäuscht das „kampagnenartige Agitieren der Aktivisten aus Kumhausen und Landshut“. Noch nicht einmal den Beginn des offiziellen Verfahrens mit der öffentlichen Auslegung der Antragsunterlagen hätten diese abgewartet.

Vielmehr seien diese Leute mit den freiwilligen Vorinformationen von Beck gegen ihn und seine Familie medial offensiv geworden. Statt wie vom Gesetz vorgesehen, im amtlichen Verfahren, sachlich und fundiert ihre Einwendungen vorzubringen, suchten einige Aktivisten die schnelle, emotionale und öffentliche Vorverurteilung des Antragstellers.

Anhand seines Stallplanes zeigte Wolfgang Beck die tierfreundliche Ausgestaltung der beantragten Anlage auf. Da er nichts zu verbergen habe, werde es im neuen Stall eine abgetrennte, gläserne Besucherkabine geben. Hygienisch und baulich getrennt von den Tieren könnte hier

jeder Passant mit eigenen Augen die Schweine und deren artgerechte Aufzucht beobachten, proklamierte Beck seine Offenheit.

Sehr frustriert zeigten sich die Landwirte über ihre vielfach gezielte Abstempelung als „Brunnenvergifter und Umweltgefährder“. „Manche Politiker die Karriere machen wollen, suchen sich uns Bauern mittlerweile als Sündenböcke heraus“, resümierte Josef Graf. Fachlich fundiert und mit Zahlenmaterial untermauert, zeigte AGL-Sprecher Johannes Hoffmann die Kontrolldichte gegenüber den Landwirten auf. Wie kaum ein zweiter Berufsstand in Deutschland würden die Landwirte reglementiert und kontrolliert.

Empört sekundierte Paul Fischer: „Halten diese Agitatoren uns jungen, gut ausgebildeten, Landwirte wirklich für so dumm, dass wir unseren eigenen Grund und Boden, unser Eigentum, unser Grundwasser, unsere Lebensgrundlagen und damit unsere Zukunft und Heimat, selber vergiften?“

Die Teilnehmer des Gesprächsforums waren sich einig, sich nicht kampflos jede unbewiesene Beschuldigung und Verurteilung durch gesellschaftliche oder auch interessierte politische Kreise gefallen zu lassen. „Zu uns kann jeden Tag das Veterinäramt, das Wasserwirtschaftsamt oder das Gesundheitsamt kommen, wir und unsere ausgebildeten Berufskollegen kennen die Kontrolldichte und verbergen nichts“, erklärten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft abschließend.